

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus

Sitzungsdatum: Dienstag, den 13.07.2021
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:40 Uhr
Ort, Raum: Feuerwehrgerätehaus, Sanderstr. 63, 49413 Dinklage

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Frank Bittner

Allg. Vertreter des Bürgermeisters

Herr Carl Heinz Putthoff

Verwaltung

Herr Alfons Echtermann

Protokollant/in

Frau Heidi Bellersen

Ausschussvorsitzende/r

Herr August Scheper CDU

ordentliches Mitglied

Frau Claudia Bausen BFD

Herr Joseph Behrens CDU

stellv. Ausschuss Vorsitzende/r

Herr Andreas Nordiek CDU

ordentliches Mitglied

Frau Galina Oldenburger BFD anwesend ab TOP 3

Frau Tanja Ruhe CDU

Frau Elisabeth Voet CDU

Herr Andreas Windhaus CDU

Herr Matthias Windhaus SPD

beratendes Mitglied

Frau Claudia Meyer-Blömer Grüne

stimmberechtigtes Mitglied

Herr Markus Blömer SPD Vertretung von Mitglied Witteriede

Herr Wulf Schwarte CDU Vertretung von Mitglied Dorniak

Abwesend:

ordentliches Mitglied

Herr Tim Julian Dorniak CDU vertr. durch Mitglied Schwarte

Herr Ingo Wessels SPD

Frau Susanne Witteriede SPD vertr. durch Mitglied Blömer

Tagesordnung:

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2** Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 11.03.2021 - öffentlicher Teil
- 3** Antrag des Heimatvereins "Herrlichkeit" Dinklage auf Gewährung eines monatlichen Zuschusses für die Anmietung von Räumlichkeiten
Vorlage: DS-18-0549
- 4** Antrag der Musikschule Romberg auf Erstattung der pandemiebedingten Gebührenauffälle
Vorlage: DS-18-0579
- 5** Sanierung Freibad; Finanzierung zusätzlicher Kosten
Vorlage: DS-18-0580
- 6** Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: DS-18-0565
- 7** Personal-/ Pausenraum Kindergarten und Kinderkrippe St. Catharina
Vorlage: DS-18-0567
- 8** Antrag des Vereins "Pro Jugend Dinklage e.V." auf Betriebsführung der Skateranlage /
Antrag des Vereins "Pro Jugend Dinklage e.V." zur Schaffung einer Aufenthaltsfläche außerhalb des Jugendtreffs
Vorlage: DS-18-0566
- 9** Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer Einwohnerbefragung zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen
Vorlage: DS-18-0581
- 10** Mitteilungen
 - 10.1** Mitteilung Bürgermeister Bittner
 - 10.2** Mitteilung Bürgermeister Bittner
 - 10.3** Mitteilung Bürgermeister Bittner
- 11** Anfragen und Anregungen
 - 11.1** Anregung Mitglied Bausen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Scheper eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus um 18.00 Uhr. Er begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Presse.

Hauptamtsleiter Echtermann teilt mit, dass TOP 4 - Antrag der Musikschule - zurückgenommen wurde und somit in der heutigen Sitzung nicht beraten wird.

Mit dieser Änderung stellt Ausschussvorsitzender Scheper die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

zu 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 11.03.2021 - öffentlicher Teil

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus vom 11.03.2021 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig mit 2 Enthaltungen

**zu 3 Antrag des Heimatvereins "Herrlichkeit" Dinklage auf Gewährung eines monatlichen Zuschusses für die Anmietung von Räumlichkeiten
Vorlage: DS-18-0549**

Ausschussvorsitzender Scheper verweist auf einen Fehler in der Vorlage. Der Heimatverein beantragt einen Zuschuss in Höhe von 590,- Euro statt wie in der Vorlage angegeben 490,- Euro.

Er übergibt das Wort an Kämmerer Putthoff, der anhand der Drucksache vorträgt. Er teilt mit, dass in Gesprächen mit dem Heimatverein eine Anmietung der Räumlichkeiten von vorerst fünf Jahren angedacht wurde.

Mitglied M. Windhaus begrüßt die Unterbringung an der Holthausstraße und hält die Räumlichkeiten für geeignet.

Auch Mitglied A. Windhaus äußert sich positiv, er weist jedoch darauf hin, dass die Anmietung auf 5 Jahre begrenzt sein solle.

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag des Heimatvereins „Herrlichkeit“ Dinklage auf Gewährung eines monatlichen Zuschusses in Höhe von 590,00 € für die Anmietung von Räumlichkeiten wird zugestimmt. Der Zuschuss wird auf die Dauer des Mietverhältnisses von fünf Jahren begrenzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 4 Antrag der Musikschule Romberg auf Erstattung der pandemiebedingten Gebührenauffälle
Vorlage: DS-18-0579**

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen.

zu 5 Sanierung Freibad; Finanzierung zusätzlicher Kosten

Vorlage: DS-18-0580

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Sitzungsvorlage DS-18-0580 aus. Er teilt mit, dass die Stadt Dinklage im Förderprogramm für die Sanierung des Freibades mit aufgenommen wurde und stellt den Ablauf des Antragverfahrens vor. Er teilt mit, dass der endgültige Bescheid bis zum 15.08.2021 gestellt werden müsse. Für eine Bewilligung des Antrages seien eine Kostenschätzung und ein Ratsbeschluss notwendig, der sicherstellt, dass nicht durch Fördermittel abgedeckte Baukosten durch städtische Mittel finanziert werden. Um genaue Kosten aufzuführen, wurde auch der Bereich Hochbau mitgeprüft. Die endgültige Kostenermittlung nach DIN 276 liege derzeit noch nicht vor. Aber inkl. einer Preissteigerung von ca. 10% pro Jahr müsse ein Betrag von ca. 1,2 Mio € nachfinanziert werden.

Hauptamtsleiter Echtermann übergibt das Wort an Kämmerer Putthoff. Dieser trägt anhand der anliegenden Kostenaufstellung für die voraussichtlichen Kosten der gesamten Sanierungsmaßnahme bis 2024 vor.

Mitglied Scheper fragt an, ob der Förderbetrag in Höhe von ca. 2 Mio € sicher sei. Hierzu teilt Hauptamtsleiter Echtermann mit, dass der Förderantrag dahingehend sicher sei, wenn die gewünschten Förderziele des Bundes, wie z.B. CO² Einsparungen und Nachhaltigkeit eingehalten werden. Bei Abweichungen würde die Förderung in Frage gestellt, bzw. müsste mit dem Ministerium geklärt werden.

Mitglied M. Windhaus fragt an, inwieweit in die Maßnahme eingegriffen werden dürfe, ohne die Förderung zu gefährden. Hierzu teilt Hauptamtsleiter Echtermann mit, dass Änderungen im Bereich Hochbau, Eingangsbereich oder Kucheneinrichtung die Förderung nicht gefährden, jedoch müsse jede Änderung eng mit dem Projektträger abgesprochen werden.

Mitglied A. Windhaus gibt zu Bedenken, dass 58% der Zuschussmittel für die Kostensteigerung verbraucht werden. Jedoch müsse das Projekt weiterverfolgt werden aber auch auf Einsparmöglichkeiten überprüft werden.

Bezugnehmend merkt Mitglied Bausen an, dass es wichtig sei, den Antrag zu fertigen. Sie warne vor zu großen Einsparungen, um das Projekt nicht zu gefährden. Weiter merkt sie an, dass das ursprüngliche Konzept des Herrn August, die Sanierung des Außenbereiches und der Außenfassade nicht vorgesehen habe.

Mitglied M. Windhaus teilt mit, dass die Entwicklung der Baukosten nicht vorhersehbar gewesen sei. Jedoch müsse an der grundsätzlichen Entscheidung, dass Freibad zu sanieren, festgehalten werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Sanierung des städtischen Freibades. Die entsprechenden Bruttobaukosten in Höhe von rd. 6,1 Mio. € sind im Haushalt einzustellen. Der Eigenanteil, nach Abzug der Vorsteuer in Höhe von 980.000,-Euro, der Stadt Dinklage beträgt dabei rd. 3,2 Mio. €. Die Verwaltung wird beauftragt, alle weiteren Schritte der Realisierung der Baumaßnahme vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 6 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: DS-18-0565

Kämmerer Puffhoff trägt anhand der Drucksache DS-18-0565 zu den einzelnen Positionen für über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen vor.

Zu Position 5 teilt Kämmerer Putthoff mit, dass Ing.-Leistungen nicht berücksichtigt wurden.: Nach Auskunft vom Ingenieurbüros belaufen sich diese auf insgesamt 19.693,89 €. Ing.-Kosten waren in dem seinerzeitigen Ansatz in Höhe von 146.300 € enthalten. Somit steigen die überplanmäßigen Auszahlungen von rd. 46.100 € um diesen Betrag (rd. 19.700 €) auf rd. 65.800 €.

Unter Berücksichtigung von Unvorhersehbarem sollten Mittel in Höhe von 70.000 € überplanmäßig genehmigt werden. Nach Rücksprache mit dem LNVG erfolgt keine weitere Förderung (max. 109.725 €)

Nach Rücksprache mit dem Landkreis Vechta kann von dort eine Förderung in Höhe von 50 % des Eigenanteils der Stadt Dinklage in Aussicht gestellt werden = rd. 35.000 €.

Gesamtsumme (Angebot und Honorar)	212.100 €
<u>abzügl. Förderung vom Land</u>	<u>-109.000 €</u>
Zwischensumme	103.100 €
50 % Förderung vom Landkreis	51.550 €
Nettokosten der Stadt Dinklage	51.550 €

Mitglied M. Windhaus fragt an, warum die Planungskosten vergeben werden und nicht hausintern durchgeführt werden. Kämmerer Putthoff teilt bezugnehmend mit, dass die Planung im Hause erledigt werden könne, jedoch aus zeitlichen Gründen extern vergeben wurde.

Auf Anfrage von Mitglied Nordiek, warum Diebstahlsicherungen in der Oberschule eingebaut werden müssen, teilt Hauptamtsleiter Echtermann mit, dass der Landkreis Vechta auf die Installation der Einbruchsicherung hingewiesen habe, da digitale Tafeln und I-Pads etc. angeschafft worden seien.

Da die Oberschule mit keiner Einbruchsicherung ausgestattet sei, müssen nochmals Installationsarbeiten durchgeführt werden, was zu ca. 50.000,-- Euro Mehrkosten führe.

Mitglied M. Windhaus bemängelt ebenfalls die Nachbesserungen an der Oberschule. Weiter fragt er an, ob die vom Land Niedersachsen gezahlten Systembetreuungsmittel pro Schüler in Höhe von 28,- € an die Schulen weitergeben werden. Dieses wird von der Verwaltung verneint.

Mitglied Ruhe bemängelt die Kosten von 130.000,- Euro für das Anbringen von Access-Points, worauf Hauptamtsleiter Echtermann mitteilt, dass flächendeckend WLAN vorhanden sein müsse, da digitale Tafeln im Rahmen des Förderprogramms angeschafft worden seien. Dies sei Voraussetzung für eine Förderung seitens des Landes.

Beschlussvorschlag:

Die in dieser Drucksache aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 7 Personal-/ Pausenraum Kindergarten und Kinderkrippe St. Catharina Vorlage: DS-18-0567

Bürgermeister Bittner bezieht sich auf die Sitzungsvorlage DS-18-0567, in der der Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales in seiner Beschlussempfehlung gegen eine Containertrennung ausgesprochen habe. Es wurde die Verwaltung beauftragt, die Herrichtung eines

Personal- und Pausenraumes zu prüfen, wie der Tischvorlage DS-18-0529 zu entnehmen sei.

Hierfür sei eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, wofür Mittel in Höhe von 3.000,- € zu genehmigen seien.

Mitglied Bausen merkt an, dass durch das Erstellen einer Machbarkeitsstudie die Errichtung des gewünschten Raumes noch länger verzögert werde.

Mitglied M. Windhaus fragt an, ob alle noch zu erledigen Arbeiten im Kindergarten erfolgt seien, worauf Bürgermeister Bittner mitteilt, dass im August alle Arbeiten abgeschlossen seien. Weiter zitiert er Kindergartenleiterin Frau Grave aus dem JFS-Protokoll, in dem Frau Grave sich dahingehend äußert, dass nur noch ein Personalraum fehle.

Auf Nachfrage von beratendes Mitglied Meyer-Blömer, ob die Planungen für die Kindergärten und Schulen längerfristige Planungen seien, teilt Hauptamtsleiter Echtermann mit, dass die Planung für die nächsten 5 Jahre passe. Auch sei in der nächsten Zeit ein Gespräch mit der Landesschulbehörde anberaumt, in der die Stadt Dinklage bezüglich innerer Strukturen und Baumaßnahmen von Schulen beraten werde.

Mitglied Schwarte regt an, bei der Machbarkeitsstudie auch die Planung von Neubaugebieten mit einzubeziehen.

Mitglied Bausen regt eine Ergänzung der Machbarkeitsstudie dahingehend an, dass nicht nur der fehlende Personalraum geprüft werde, sondern das ganze Gebäude auf Erweiterung überprüft werde. Weiter halte sie es für sinnvoll, eine Container zu erwerben und diesen, sollte er nicht benötigt werden, weiter zu vermieten.

Beratendes Mitglied Meyer-Blömer regt an, Möglichkeiten für Ausweichunterricht zwischen der Schule und dem Kindergarten abzuklären.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung beauftragt eine Machbarkeitsstudie für die Herrichtung eines Personal- / Pausenraumes. Hierfür sind außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 3.000,- € zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 8 Antrag des Vereins "Pro Jugend Dinklage e.V." auf Betriebsführung der Skateranlage /
Antrag des Vereins "Pro Jugend Dinklage e.V." zur Schaffung einer Aufenthaltsfläche außerhalb des Jugendtreffs
Vorlage: DS-18-0566**

Bürgermeister Bittner bezieht sich auf den abgeänderten Beschlussvorschlag der Drucksache DS-18-0566, wo der Bereich zwischen der Feuerwehrezufahrt bis zur Buchenhecken vor der Tartanbahn zu einer Aufenthaltsfläche für Jugendliche und einer Wartefläche für den Bus umgebaut werden solle. Weiter bezieht er sich auf die Tischvorlage DS-18-0585, den Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass hierfür außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 10.400,-Euro zur Verfügung zu stellen seien.

Mitglied A. Windhaus regt an, die Einzäunung des Geländes mit dem TVD abzusprechen und es sei darauf zu achten, dass der Fluchtweg zum Schulzentrum frei bleibe.

Auf Nachfrage von Mitglied Blömer, ob der Bereich abgesperrt werde, teilt Bürgermeister Bittner mit, dieser frei zugänglich bleibe.

Bezugnehmend teilt Mitglied M. Windhaus mit, dass er eine Aufenthaltsfläche für sinnvoll halte. Auch sei wichtig, dass die Zuständigkeit für die Skateranlage geklärt werden müsse. Wenn nicht der Verein „Pro Jugend“ zuständig sei, dann müsse der Sozialarbeiter der Stadt Dinklage die Zuständigkeit dafür übernehmen.

Auch Mitglied Bausen spricht sich für einen Ansprechpartner aus, der die Anlage organisiere und auch die Betriebsführung übernehme. Bürgermeister Bittner teilt mit, die Übertragung der Betriebsführung müsse noch versicherungstechnisch abgeklärt werden.

Beratendes Mitglied Meyer-Blömer fragt an, welche aussortierten Bänke in diesem Bereich aufgestellt werden sollen. Hierzu teilt Bürgermeister Bittner mit, dass das Stadtmobiliar vereinheitlicht werde und die hier ausgetauschten Bänke werden in dem Bereich der Aufenthaltsfläche aufgestellt. Er fügt an, dass die Bänke keinesfalls Mängel oder andere Schäden aufweisen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Senioren empfiehlt die Einzäunung der Skateranlage zur Obstwiese und zum Graben. Zur Schaffung einer kleinen Aufenthaltsfläche für Jugendliche und Wartefläche für den Bus wird der Bereich von der Feuerwehrezufahrt bis zu Buchenhecke vor der Tartanbahn umgebaut. Die Verwaltung beauftragt eine Einzäunung der Skateranlage und die Schaffung einer Aufenthaltsfläche außerhalb des Jugendtreffs. Hierfür sind außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 10.400,- € zur Verfügung zu stellen. Der Passus der Betriebsführung ist noch nicht geklärt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 9 Antrag der SPD-Fraktion auf Durchführung einer Einwohnerbefragung zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen Vorlage: DS-18-0581

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache DS-18-0581 aus. Er teilt mit, dass die Verwaltung beauftragt wurde, den Entwurf der Satzung zur Bürgerbefragung zu überarbeiten. Weiter erläutert er den anliegenden Entwurf der Satzung zur Durchführung einer Einwohnerbefragung.

Mitglied Bausen fragt an, in welcher Art und Weise sich die Verwaltung die Verbreitung der Informationen zur Einwohnerbefragung vorstelle. Weiter regt sie an, die Fragestellung konkreter zu formulieren, evtl. in Form von Fallbeispielen oder Zahlen im Anschreiben, damit es verständlicher sei.

Hauptamtsleiter Echtermann teilt mit, dass diesbezüglich eine öffentliche Veranstaltung stattfinden könne oder evtl. jeder Abstimmungsberechtigte oder jeder Haushalt angeschrieben werde.

Mitglied M. Windhaus hält es für wichtig, die Bürger und Bürgerinnen vorab zu informieren, dass eine Befragung stattfinden. Um eine möglichst hohe Beteiligung zu erlangen, sei eine Kopplung an den Termin der Bundestagswahl sinnvoll. Die SPD-Fraktion habe eine Abschaffung der Beiträge beantragt, auch bezüglich der steigenden Baukosten. Er teilt mit, dass in den nächsten Jahren mit Anliegerbeiträgen in Höhe von 20,- € / m² zu rechnen sei. Mitglied M. Windhaus bezieht sich auf die Prioritätenliste, wonach in den nächsten 8 Jahren mit Ausbaubeiträgen in Höhe von 5 Mio € zu rechnen sei.

Er regt an 800.00,- Euro für die Straßensanierung jährlich in den Haushalt einzustellen. Bezugnehmend zu der Fragestellung in dem zu fertigten Anschreiben, sei s. E. der Begriff „Straßenbau“ in der Fragestellung nicht eindeutig, da so Sanierung und Erschließung vertauscht werden.

Bei dem Antrag der SPD gehe es um die Beiträge für die Sanierung von Straßen nicht für die Erschließung von neuen Straßen. Dieses müsse klar formuliert werden. Weiter regt er an, nur 2 Fragen zu stellen und diese müssen ebenfalls klar formuliert werden. Er führt zu möglichen Refinanzierungsmöglichkeiten aus und stellt die Frage, ob Baumaßnahmen an Steuererhöhungen gekoppelt werden dürfen, was Kämmerer Putthoff verneint.

Mitglied A. Windhaus teilt bezugnehmend mit, er stehe einer Einwohnerbefragung positiv gegenüber. Sollte dieses ein klares Votum ergeben, so müsse es auch befolgt werden. Für ihn sei wichtig, dass die zustellenden Fragen verständlich formuliert werden und auch die Konsequenzen daraus verständlich formuliert werden. Weiter muss die Refinanzierung klar sein. Hierzu teilt Mitglied A. Windhaus mit, dass seitens der CDU keine freiwilligen Leistungen an die Verbände und Vereine zur Refinanzierung gekürzt werden.

Mitglied A. Windhaus sieht in den Anliegerbeiträgen eine erhebliche Belastung für die Anlieger, jedoch verweist er auf eine bereits erfolgte Überarbeitung der Satzung zugunsten der Anlieger und auf Stundungsmöglichkeiten. Er verweist auch darauf hin, dass der Anlieger durch die Sanierung einer Straße in Bezug auf Infrastruktur, Zuwegung und Wertsteigerung profitiere.

Mitglied A. Windhaus gibt zu Bedenken, das Bürger, die in der Vergangenheit zur Zahlung von Anliegerbeträgen herangezogen wurden und durch die Abschaffung der Anliegerbeiträge durch eine Steuererhöhung wieder an der Finanzierung von Straßensanierungen, auch im ganzen Stadtgebiet, beteiligt werden. Sollte die Refinanzierung über die Grundsteuer B erfolgen, so werden die Eigentümer von Mietobjekten die Mehrkosten auf die Miete umlegen, was im Widerspruch zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum stehe.

Mitglied A. Windhaus spricht sich im Namen der CDU für die jetzige Satzung aus und befürwortet, diese beizubehalten.

Er teilt mit, dass die Fragestellung im Informationsschreiben ganz klar formuliert werden müsse. Auch müsse in der Fragestellung klar formuliert werden, dass die Abschaffung der Beiträge eine Steuererhöhung zur Folge habe.

Die erste Frage solle seines Erachtens lauten, die geltende Straßenausbausatzung soll unverändert beibehalten werden und die zweite Frage soll dahingehend formuliert werden, dass die geltende Straßenausbausatzung abgeschafft und die wegfallenden Kostenbeiträge der anliegenden Grundstückseigentümer durch eine Erhöhung der kommunalen Steuern ausgeglichen werde.

Er regt an, den von der Verwaltung vorgelegten Satzungsentwurf bezüglich der Fragen (§ 2) zu ändern die Satzung ansonsten zu beschließen.

Mitglied Bausen hält die grundsätzliche Diskussion über die Abschaffung der Anliegerbeiträge für wichtig und weist darauf hin, dass die Einwohnbefragung vom Bürgerforum mitgetragen wurde, jedoch halte sie eine Einwohnerbefragung zu diesem Zeitpunkt für nicht sinnvoll. Das Thema solle ihres Erachtens unabhängig dieser Einwohnerbefragung von der Politik vorbereitet werden. Sie sehe das Thema als zu speziell an, um es im Rahmen der Einwohnerbefragung zu diskutieren.

Auf den Einwand von Mitglied M. Windhaus, warum das Bürgerforum eine Bürgerbeteiligung unterstütze, obwohl sie gegen eine Bürgerbeteiligung sei, teilt Mitglied Bausen mit, dass das Bürgerforum für Bürgerbeteiligung stehe, jedoch in dieser Bürgerbeteiligung den Sinn und Zweck nicht erkenne. Weiter teilt sie mit, dass in der Erklärung zu den Steuerarten A, B und Gewerbesteuer die Erklärung mit angefügt werden solle.

Beschlussvorschlag:

Die anliegende Satzung wird beschlossen außer § 2. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, die in der Sitzung angeregten Fragestellungen zur Refinanzierung der städtebaulichen Maßnahmen so zu formulieren, dass für jeden Bürger klar erkennbar ist, worüber abzustimmen ist. Diese werden in der nächsten VA-Sitzung in einer Tischvorlage vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Mitteilung Bürgermeister Bittner

Bürgermeister Bittner teilt mit, dass der Stadtrat der Stadt Dinklage im Rahmen der Stadtradelaktion als aktivstes kommunale Gremium ausgezeichnet werden. Die Ehrung wird in der kommenden VA-Sitzung vorgenommen

zu 10.2 Mitteilung Bürgermeister Bittner

Bürgermeister Bittner teilt mit, dass am 21.07.2021 eine Schools-Out-Party im Freibad stattfinden werde. Es werden Podiumsdiskussionen geben und die Musikschule werde für Unterhaltung sorgen. Es wurden die Jugendlichen eingeladen, auch um sie für das Jugendparlament zu gewinnen.

zu 10.3 Mitteilung Bürgermeister Bittner

Bürgermeister Bittner teilt mit, dass sich die Verwaltung entschlossen habe, vorsorglich einen Förderantrag beim Bund für die Raumluftechnischen Anlagen in Schulen zu stellen. Auch seitens des Landes wurde noch ein weiterer Fördertopf für mobile Anlagen geöffnet, jedoch stehen hierfür noch keine Richtlinien zur Verfügung.

zu 11 Anfragen und Anregungen

zu 11.1 Anregung Mitglied Bausen

Mitglied Bausen dankt der Verwaltung, dass sie sich entschlossen habe, den Antrag für die Raumluftechnischen Anlagen für die Schulen zu stellen

August Scheper
Vorsitzender

Heidi Bellersen
Protokollführung

Frank Bittner
Bürgermeister